

Netzwerk „International“ für junge Leute

VHS und Kreisjugendreferat wollen Kontaktstelle für Auslandsaufenthalte anbieten

Von Ingeborg Wagner

TUTTlingen - Kreisjugendreferentin Verena Kriegisch hat am Dienstag im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend des Kreistags einen flammenden Appell für Europa gehalten. Die internationale Jugendarbeit soll Schwerpunktthema werden. Zusammen mit der Volkshochschule wird ein Netzwerk „International“ eingerichtet. Ziel ist es, Auslandskontakte und Aufenthalte Jugendlicher zu fördern.

Das Projekt ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Geplant ist, für diesen Zeitraum eine Kontaktstelle bei der Volkshochschule einzurichten – für Beratung, Bildung, Vernetzung und Projektentwicklung der internationalen Jugendarbeit. Diese Kontaktstelle wird durch Rücklagen der Jugendarbeit finanziert, die aus Fördermitteln des Landes stammen. Die Personalausgaben belaufen sich in diesen zwei Jahren auf maximal 95 000 Euro. Die VHS wäre laut Kriegisch bereit, einen Bildungsreferenten für die Themen Jugend und Internationales einzustellen. Gedacht ist, in diesen zwei Jahren ein sich selbst tragendes Netzwerk aufzubauen und die Partner fit zu machen, sodass die Aufgaben danach auch ohne Hauptamtliche erledigt werden können. Die VHS stellt als Kooperationspartner das Büro und die Sachkosten.

Bildungsferne Schichten im Fokus

Jugendreferat und VHS erfinden das Rad nicht neu: Es gibt bereits eine große Anzahl an Möglichkeiten, nach der Schule oder während der Ausbildung ins Ausland zu gehen. Doch bislang fielen bildungsferne Schichten durch das Raster, vor allem ihnen soll bei einem Reisewunsch Unterstützung angeboten werden. Im Blick haben die Jugendarbeiter auch den Bedarf der hiesigen Betriebe und Unternehmen, um Konzepte einer nach Europa ausgerichteten Jugendarbeit zu entwickeln. Zum Beispiel mit Mobilitätsprogrammen für Auszubildende und der Anwerbung ausländischer Jugendlicher. Kommunen, Jugendverbände und soziale Einrichtung sollen ebenfalls von der Kontaktstelle profitieren.

Kreisrat Paul Haug (FDP) fand das



Das Netzwerk „International“ von Landkreis und VHS Tuttlingen will Jugendlichen mit Reisewunsch Unterstützung anbieten, auch im Bereich Arbeiten und Reisen.

FOTO: PRIVAT

Konzept begrüßenswert. „Aber die, die bislang kein Geld hatten, haben auch in Zukunft keines“, fügte er an. Ihm fehle ein Konzept, wie eine finanzielle Unterstützung für Jugendliche aussehen könnte. Landrat Stefan Bär stellte klar, dass es nicht Aufgabe des Landkreises sein könne, hier einzuspringen. Stattdessen gehe es

darum, Möglichkeiten und Programme aufzuzeigen und zu vermitteln. Dieter Meyer, Leiter der Jugendhilfeeinrichtung Mutpol, verwies auf entsprechende Projekte, zum Beispiel das Erasmus-Programm, für die es finanzielle Unterstützung gebe – sei es durch EU-Mittel oder von Firmen.

Im Ausschuss fand das Netzwerk

International breite Zustimmung. Allerdings war das nur eine Vorberatung, entscheiden wird der Kreistag.

Weitere UMA erwartet

Die Situation unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA) war ebenfalls Thema im Ausschuss. Laut Bernd Mager, Sozialdezernent des Kreises, leben 94 UMA im Landkreis, weitere Zuweisungen erwartet er in den kommenden Monaten.

In den vergangenen Wochen fanden etliche Anhörungstermine beim Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (BAMF) statt. Dennoch sei das Asylverfahren nur bei einem kleinen Teil der Kinder und Jugendlichen abgeschlossen. Bisher habe es eine Ablehnung eines afghanischen Jugendlichen gegeben.

Mutpol, das die meisten UMA betreut, ist eine Kooperation mit einem Tuttlinger Anwalt eingegangen, der die UMA bei Bedarf und Wunsch im Asyl- und Ausländerrecht berät. Die Kosten müssen die Jugendlichen selbst tragen, heißt es in der Vorlage für die Kreisräte.

Sozialer Trainingskurs für jugendliche Ersttäter

Es ist zwar kein ganz neues Konzept, doch laut Christina Martin, Amtsleiterin für Familie, Kinder und Jugend im Landratsamt, sollen soziale Trainingskurse bei jugendlichen Ersttättern wieder aufgelegt werden. Geplant ist, zwei Kurse im Jahr an den Start zu bringen. Das geht nur, wenn sich ein Staatsanwalt bereit erklärt, den Trainingskurs anzuordnen. Bei entsprechender Mitwirkung und Erfüllung des Jugendlichen beziehungsweise Heranwachsenden wird das Verfahren dann einge-

stellt. Die Kosten pro Kurs betragen 4800 Euro für Personal und die Sachkosten. Diese werden zum Großteil vom Verein zur Förderung der Bewährungshilfe getragen, rund 1000 Euro bleiben beim Landkreis hängen. Themen wie Regeln und Gesetze, verbindliche Absprachen, gewaltfreie Konfliktlösung und das eigene Verhaltensmuster kritisch zu reflektieren und zu verändern sind Inhalte des Kurses. Er umfasst insgesamt 24 Stunden, findet in der Gruppe statt und ist verpflichtend. (sz/iw)